

**Zeitschrift:** Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen  
**Herausgeber:** Verein Aktiver Staatsbürgerinnen  
**Band:** 39 (1983)  
**Heft:** 3-4

**Artikel:** Zur Stellung der ledigen Frau in unserer Gesellschaft  
**Autor:** Pestalozzi, Marianne  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-844340>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 08.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Die Ausführung einem Preisüberwacher zu übergeben, dem selbstverständlich – wie bei der letzten Preisüberwachung – ein qualifizierter Stab zur Seite steht, hat noch weitere Vorteile:

Ich meine, dass sie die liberalere Lösung ist. Dass sie ein echt problembezogenes Vorgehen und Einschreiten erlaubt und dass mit ihr eben kein anonymer Papiertiger entsteht, der weder dem Volk noch der Wirtschaft dient. Ich meine aber auch, dass eine solche Institution dank des Prestiges und der Ausstrahlung der zum Preisüberwacher ernannten Persönlichkeit den nötigen Einfluss auf die Wirtschaft haben wird. Andererseits wird ein Preisüberwacher den Kontakt mit dem Volk pflegen und umgekehrt wird jeder Schweizerbürger über die berühmte Klagemauer sich mit seinen Problemen an den Preisüberwacher wenden können. Eine allseits anerkannte Persönlichkeit in diesem Amt ist aber auch deshalb wichtig, weil die Preisüberwachung sich unter anderem auch auf Staatsmonopol-Betriebe bezieht (auf die PTT z.B.). Der Preisüberwacher muss in diesen Fällen vom Bundesrat quasi als Berater anerkannt werden.

Alles schon einmal gehabt! Könnte man sagen und deshalb müsste das obengesagte auch einleuchten! Warum aber windet man sich um diesen Entscheid? Die Frage ist nicht schwer zu beantworten: Markante Persönlichkeiten, die es wagen etwas durchzusetzen oder nur schon anzusprechen, sind heutzutage unbehaglich. Man denke an die in einigen Städten und Kantonen eingesetzten Ombudsmänner.

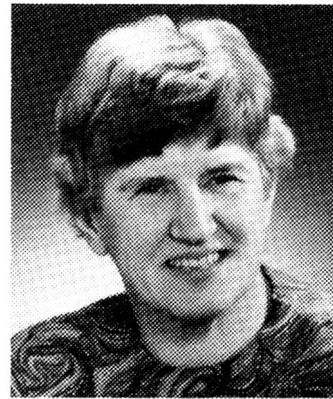
Monika Weber (LdU), geboren 1941. Zürich, Wahlkreis VI. lic. iur., seit 1978 vollamtliche Präsidentin des Konsumentinnenforums, Kantonsrätin seit 1971, seit 1982 auch Nationalrätin.

Sie schaffen – mehr als die anonymen Ämter – für einige ein Zuviel an Transparenz in die von Verflechtung strotzende Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Und da Verflechtung und Intransparenz grösste Macht bedeuten, gibt man diese freiwillig sicher nicht ab.

Es gilt wach zu bleiben: Wenn man mit dem Gegenentwurf zu manipulieren versucht hat, dann soll dies jetzt nicht ein zweites mal gelingen. Der Volkswille darf nicht umfunktioniert werden.

Monika Weber

## Zur Stellung der ledigen Frau in unserer Gesellschaft



Ein Drittel der Wohnbevölkerung des Kantons Zürich sind Ledige, ein wesentlicher Teil davon sind Frauen. Während in Sachen Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau das Bewusstsein deutlich geweckt ist und Fortschritte erzielt werden, steckt die Gleichberechtigung der Ledigen mit den Verheirateten noch kaum in den Kinderschuhen. Ledige, ihre spezifischen Probleme und berechtigten Anliegen sind «kein Thema», werden nur selten von einem Politiker vertreten. Mich hier noch vermehrt zu äussern und zu engagieren, ist einer meiner Vorsätze für die neue Amtsperiode.

Zwei Situationen scheinen mir das Bild, das die Männer, somit die Mehrzahl der Politiker von der ledigen Frau haben, zu prägen: die frühere Situation der von ihrer Familie abhängigen (und von ihr eingespannten) ledigen Frau. Folgerung: Das, was ledige Frauen für sich allein brauchen, haben sie, oder es kann bald einmal

*Marianne Pestalozzi (EVP), geboren 1928. Zürich, Wahlkreis V. Lehrerin für Krankenpflege (Krankenschwester). Seit 1981 Kantonsrätin.*

erlangt werden (typische Frauenberufe haben ein tiefes Lohnniveau), also kein Thema für Politiker.

Zunehmend werden ledige Frauen selbstbewusster, sind bereit und fähig, gute Berufsaarbeit zu leisten, fordern deshalb aber auch Aufstiegsmöglichkeiten. Folge: Tendenz zu vorsichtiger Zurückhaltung, aus Unbehagen und Angst vor der Konkurrenz am Arbeitsplatz.

Eine weitere Tatsache ist, dass Ehepaare, vor allem auch die verheirateten Frauen, oftmals wenig wissen über die Lebenssituation der ledigen Frau. Sie bringen ihr nur in geringem Mass Verständnis entgegen oder lehnen sie als Bedrohung oder als Bevorzugte (Konkubinatspaare) ab.

Unter diesen Voraussetzungen kann eine Gleichberechtigung zwischen verheirateten und ledigen Bürgern nur mit grosser Mühe angestrebt werden.

Wodurch wird die ledige Frau benachteiligt?  
Dazu einige Beispiele:

In unserem Kanton wird der Bürger nicht nur aufgrund von Einkommen und Vermögen, sondern auch nach Zivilstand besteuert. Bei der Änderung des Steuergesetzes letztes Jahr wurde der Abstand zwischen den beiden Tarifen zuungunsten der Ledigen vergrössert aus Ärger über die Steuersituation der kleinen Minderheit im Konkubinat lebender Ledigen!

Es wurden in unserem Kanton noch nie Möglichkeiten erwogen, um einer ledigen Frau, die wegen Pflege langzeitkranker Angehöriger ihre Berufstätigkeit einschränken muss, die sich ergebende Lohneinbusse zu vergüten, obwohl

sie dem Staat und auch den Krankenkassen, die an Pflege zuhause nur freiwillige Beiträge zahlen, erhebliche Auslagen erspart.

Im Bereich der Sozialversicherungen gibt es weitere Benachteiligungen. Dies befremdet umso mehr, als die Ledigen aufgrund der gleichen Lohnprozent-Abzüge laufend Solidaritätsleistungen erbringen zugunsten der Renten für Hinterlassene und invalide Familienangehörige. Aus diesem Grunde muss von den Ledigen auch die diskutierte Möglichkeit einer Kranken- und Mutterschaftsversicherung auf der Basis von Lohnprozenten entschieden abgelehnt werden.

*Marianne Pestalozzi*

## **Vermehrt das Positive hervorheben**



Seit jeher hat mir die Mitarbeit in der Öffentlichkeit – in Pfarrei und Gemeinde – viel bedeutet. Mehrere Jahre arbeitete ich im Vorstand des Frauenvereins unserer Pfarrei sowie im Kantonalen Frauenbund mit. Vor zehn Jahren wurde ich in die Bezirksschulpflege gewählt. Dabei geht es darum, in drei Gemeinden insgesamt zwölf bis fünfzehn Schulabteilungen zu besuchen und am Ende des Schuljahres die Arbeit des Lehrers in einem schriftlichen Bericht zu beurteilen und zu würdigen. Seit neun Jahren bin ich im Gemeindeparlament tätig, zur Zeit als Mitglied des Ratsbüros. Ich setze mich vor allem für den sozialen Wohnungsbau und die Belange von Schule und Jugend ein, wie zum Beispiel mit einem Postulat zur Förderung der nachschulischen Jugendarbeit. Neben meiner